

prager frühlings

* MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

Leseprobe

prager frühlings online abonnieren:
www.prager-fruehling-magazin.de
 oder Coupon auf der letzten Seite benutzen.

Für ein Soliabo gibt es tolle Bücher von Wiglaf Droste, Manuel Castells, Wolfgang Pohrt, Antonio Negri, Karl Marx und vielen Anderen.

Am Zaun rütteln

Robert Stadlober über zivilen Ungehorsam, Urheberrecht und die Ästhetik des Widerstands.

Deutsche Euros rollen wieder!

Dem Einmarsch stellen sich entgegen
 Lukas Oberndorfer, Gabi Zimmer
 und Bastian Schweinsteiger.

Sozialunion statt Fiskalpakt fordern Axel Troost,
 Hilde Mattheis, Sven-Christian Kindler und Johannes Jäger.

Nicht umsonst vibriert
in dem revolutionären Marxismus die
internationale Note so stark,
nicht umsonst klingt der
opportunistische Gedankengang stets in
eine nationale Absonderung aus.

Rosa Luxemburg

Liebe Europäerinnen und Europäer, liebe Lesende,

kennen Sie den? Die Geschichte ist im 20. Jahrhundert mit dem Sieg der wohlstandsbringenden westlichen liberalen Gesellschaften über alle anderen Gesellschaftsideen an ihr Ende gekommen. Es gibt eben manche Irrtümer, die werden mit steigendem Zeitabstand immer peinlicher. Autor dieser lustigen Pointe war vor genau 20 Jahren der amerikanische Humorist und Politikwissenschaftler Francis Fukuyama.

Aktuell ist das Lachen Europas BürgerInnen ziemlich vergangen, den unteren Zehnmillionen wegen der Sparpakete ohnehin, den oberen Zehntausend wiederum nach den griechischen und französischen Wahlen: Fiskalpakt samt Armutsverpflichtung wurden – vorerst – abgewählt. Zeiten für die Linke, möchte man meinen. Doch das ist nicht ausgemacht. Trotz ausgebliebenem „Ende der Geschichte“, trotz griechischer und französischer Hoffnungen wirkt sie in Deutschland wie aus der Zeit gefallen. Statt selbstbewusster Kampfansage trauert etwa Sahra Wagenknecht in der FAZ vom 30. April um die durch den schnöden materialistischen Geldmammon verlorengegangenen „europäischen Werte“. Zugleich beschwerten sich linke Verfassungsschützer beim höchsten deutschen Gericht darüber, dass Sozialpolitik nicht mehr an Merkels Regierungstisch, sondern in Brüssel gemacht wird – weil, so Sahra Wagenknecht, das EU-Parlament als „Vielvölkerparlament, in dem die Abgeordneten noch nicht einmal die gleiche Sprache sprechen“, lobbyanfälliger sei. Staatsverträge statt Euro-Staat. Ja, ja – das waren noch Zeiten, als der Herrscher feierliche Gelübde noch etwas galten. Nun ja, bei derart romantischer Staatskritik bleibt uns nur der Materialismus als Gegenargument, und deshalb lautet der Schwerpunkt dieser Ausgabe „Europa und die Krise“.

Doch was nun, Europa? Und vor allem: Was tun, europäische Linke? In unserer aktuellen Ausgabe machen wir Angebote. Schuldenschnitt? Vielleicht. Es streiten hierüber die Bundestagsabgeordneten Troost, Kindler und Mattheis. Ausgleichs- und Sozialunion? In jedem Fall, und zwar mit EU-Krankenkasse für alle, dazu einen EU-Streikfonds der Gewerkschaften. Und kostenfreie Abhebungen am EC-Automat, europaweit, vom Kreta-Badestrand bis zum Nordkap. So geht, wenn's nach uns geht, die Zärtlichkeit der Völker. Und damit ihr wisst, wie andere zu ganz intensiven europäischen Zärtlichkeiten stehen, zu den Vereinigten Staaten von Europa, haben wir diesmal wieder unsere Gretchenfrage gestellt. Doch nicht ohne zu testen: Wie pleite bist du?

Francis Fukuyama hat übrigens Anfang 2010 gegenüber dem Spiegel zu Protokoll gegeben, dass er vielleicht doch nicht ganz richtig lag mit der These vom Ende der Geschichte. Aber, O-Ton: „Vorsicht! Es gibt noch immer keine Alternative zum Kapitalismus.“ – Potzblitz, kringelkringel, der brauchte tatsächlich etwas länger. Wir wünschen ebensolchen Spaß beim Lesen.

Eure Redaktion

inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt: Europa und die Krise

- 04 **Gretchenfrage**
Wie hältst du's mit den Vereinigten Staaten von Europa?
- 06 **Lukas Oberndorfer: Ein System, das den Menschen Angst macht**
Der autoritäre Wettbewerbsstatismus als Bearbeitung der Krise in Europa
- 10 **Sozialpakt statt Fiskalpakt**
Thesen der prager frühling-Redaktion
- 14 **Instrumentencheck**
prager frühling prüft Wege aus der Eurokrise
- 16 **Jörg Schindler: Wenn Hartz-IV, dann für alle!**
Eine EU-Grundsicherung ist notwendig
- 18 **Banken müssen langweiliger und kleiner werden**
Streitgespräch mit Axel Troost, Hilde Mattheis und Sven-Christian Kindler
- 22 **Gesagt wird – richtig ist**
prager frühling räumt mit den größten EU-Mythen auf
- 24 **Tobias Schulze: Europa und die Magyaren**
Sakraler Nationalismus – Ungarns Antwort auf die Krise
- 26 **Mark Wagner: Sterne Europas**
Warum Weltbürger keine Europäer sein können
- 30 **Johannes Jäger: Die Dritte Welt als Vorbild?**
Krisenbewältigung in Europa
- 32 **CV-Dazzle**
Mode vs. Überwachungsgesellschaft

Feminismen

- 34 **Stefanie Graefe: Leben machen und sterben lassen**
Biopolitik als schillernder Begriff
- 36 **Lena Kreck: Kinder machen ist nicht schwer**
Die Schwangerschaftsvorsorge dagegen sehr

- 38 **Rona Torenz: Unheilige Mittel, heiliger Zweck?**
Reproduktive Rechte und die Kritik von Bevölkerungspolitik

- 40 **Anna Rinne: Biopornpolitics?**
Pornos, Transsexuellengesetz und die Abwesenheit von weiblicher Sexualität

Europa

- 42 **Katharina Dahme: Fußball ist politisch**
Ein Kommentar für alle, die sich schon auf die Fußball-EM freuen

- 43 **Tanja Walther-Ahrens: Ball-Saison**
An einem Ufer CSD – am anderen Fußballeuropameisterschaft der Männer?

Leckerbissen

- 45 **In & Out**

- 46 **Uwe Schaarschmidt: Luft verkaufen**
Schaarschmidts Kommentar

- 47 **Rütteln sollte man schon am Zaun**
Interview mit Robert Stadlober

- 50 **Kolja Möller: Der Körper als Schlachtfeld**
Die Bärte kehren zurück

- 52 **Wie pleite bist du?**
prager frühling testet dein Krisenmanagement

- 54 **Viviana Uriona: (Un)freie Radios**
Kommunikation, Kapitalismus und Krise

ein system, das den menschen angst macht

Der autoritäre Wettbewerbsetatismus als Bearbeitung der Krise in Europa



Lukas Oberndorfer

aktiv im Juridikum (zeitschrift für kritik|recht|gesellschaft) und in der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG). In einem Beitrag im neulich erschienenen Sammelband der AkG („Die EU in der Krise“, 2012; Westfälisches Dampfboot) deutet Lukas Oberndorfer die Hegemoniekrise der EU und ihre Bearbeitung (Economic Governance und Fiskalpakt) in Anschluss an Nicos Poulantzas als autoritären Wettbewerbsetatismus.

„Wenn die herrschende Klasse ihre Funktion erschöpft hat, neigt der ideologische Block zum Zerfall, und auf die Spontaneität folgt dann der Zwang, in immer weniger verhüllten und indirekten Formen bis hin zu regelrechten Polizeimaßnahmen und Staatsstreichen.“ Mit diesen Worten beschreibt Antonio Gramsci in Mitten des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft in den 1930er Jahren grundlegende Krisen der politischen Führung.

Neuzusammensetzung der Zwangsapparate

Dass sich das neoliberal konfigurierte, europäische Institutionen-Gefüge in einer solchen Hegemoniekrise befindet, wird immer offenkundiger: Nachdem der „europäische Frühling“ auch dieses Jahr zuerst in Spanien ausgebrochen ist und diesmal auch ein Generalstreik in der Lage war, die Verwertungsprozesse zu unterbrechen, ließ die spanische Regierung mit einem Gesetzesentwurf aufhorchen. Mittels einer „Reform“ des Strafrechts sollen künftig Demonstrationen oder Protestcamps als „Anschlag auf die Staatsgewalt“ geahndet werden können – schon der Aufruf über soziale Medien soll eine Haftstrafe von bis zu zwei Jahren nach sich ziehen können. Der katalanische Innenminister begründete dies mit den Worten: „Wir brauchen ein System, das den Demonstranten Angst macht.“^{*1} Aber auch im Zentrum des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes wird zunehmend mit Zwang Politik gemacht: Durch das Verbot von Blockupy Frankfurt – dem Versuch, aus Protest gegen die EU-Krisenpolitik die EZB und das Bankenviertel lahm zu legen – unternahm die Exekutive grundgesetzwidrig den Versuch, das Recht auf Versammlungsfreiheit aufzuheben.^{*2} Und wenn nicht nur einzelne Gruppen, sondern na-

hezu ganze Länder aus dem neoliberalen Konsens ausbrechen, wird laut darüber nachgedacht, aus einem „postkolonialen Verhältnis“ das „post“ zu streichen. So sprach sich der Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts – in impliziter Anlehnung an Carl Schmitt – nach dem Wahlsieg der radikalen Linken dafür aus, Griechenland „zu einem europäischen Protektorat“ zu machen.

Die Erosion der Hegemoniereserven des europäischen Institutionen-Gefüges

Gerade diese Neuzusammensetzung des „dialektischen Verhältnisses von Zwang und Konsens“ (Gramsci) charakterisiert Hegemoniekrise. Verfolgt man den Verlauf der Krise in Europa, wird zunehmend deutlich, dass die hegemoniale Phase des Neoliberalismus nun auch im imperialen Zentrum an ihr Ende zu kommen scheint. Zur Aufrechterhaltung der herrschenden

Die hegemoniale Phase des Neoliberalismus kommt auch im imperialen Zentrum an ihr Ende.

Machtverhältnisse soll notfalls Zwang die wegbrechende Zustimmung ersetzen. Die im Rahmen der EU durchgesetzten, auf Konsens beruhenden Projekte des Neoliberalismus, der Binnenmarkt und die Währungsunion, die sich als im Allgemeininteresse stehende Lösung dringlicher gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Probleme in Szene setzten konnten, haben massiv an Zustimmung verloren. Denn die sich zunehmend entfaltende, größte Krise des Kapitalismus seit den 1930er Jahren lässt die imagina-

Zwang soll die wegbrechende Zustimmung ersetzen.

tiven Bilder des Neoliberalismus verblasen und die Ausstrahlungskraft seiner Projekte schwinden.

Und auch wenn das europäische Institutionengefüge beträchtliche Anstrengungen unternommen hat, die Krise als eine des mangelnden Wettbewerbes und der übermäßigen Staatsschulden neu zu interpretieren, wird diese Neukonstitution der neoliberalen Weltauffassung beständig gestört durch das Verdrängte: Gerade in der gegenwärtigen Krise wird deutlich, dass die auf Konkurrenz und Akkumulation ausgerichteten Produktionsverhältnisse ihre eigenen Voraussetzungen unaufhörlich untergraben: die Steigerung des Lohns zur Erhöhung der Nachfrage nach Gütern, die (vergeschlechtlichte) Reproduktion der „Ware“ Arbeitskraft und die Regeneration der Natur. Die Vielfachkrise durchlöchert das Narrativ „neoliberaler Regierungskunst“, dass Gesellschaft dann sinnvoll eingerichtet sei, wenn all ihre Momente dem Wettbewerb unterliegen (Michel Foucault).

Eine tiefe Hegemoniekrise wird spätestens dann deutlich, wenn sich ein Teil der „organischen Intellektuellen“ des herrschenden „ideologischen Blocks“ von ihren bisherigen Glaubenssätzen abwenden. Diskursfragmente wie „Das kapitalistische System passt nicht mehr in die Welt“ vom Gründer des World Economic Forums, Klaus Schwab, und die Aussage des FAZ-Herausgebers Frank Schirrmacher, dass „im bürgerlichen Lager die Zweifel immer größer werden,

ob man richtig gelegen hat, ein ganzes Leben lang“, repräsentieren daher weit mehr als einen Sturm im Wasserglas des Feuilletons.

Aber die Krise lässt nicht nur die Ausarbeitung einer „Weltauffassung“ und eines „Europabildes“ ins Stocken geraten, sondern durchzieht auch das zweite Moment konsensualer Herrschaft: Erst die Bankenrettungspakete und die sinkenden Einnahmen durch die Rezession haben die Schuldenstände explodieren lassen und damit die Spielräume für „materielle Zugeständnisse“ massiv verkleinert. Nach und nach geraten die Subalternen der EU-Mitgliedstaaten in den Fokus von Austeritätsprogrammen, die durch das europäische Institutionen-Gefüge verordnet und notfalls durch die „Einsetzung“ seiner Verwalter durchgesetzt werden.

Soziale Kämpfe und ihre Ungleichzeitigkeiten

Doch im Gegensatz zu den neoliberalen Sparpaketen im Zuge der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion werden diese Einschnitte weder durch den aktiven, noch durch den passiven Konsens der Bevölkerung getragen: Der Syntagma-Platz in Athen, die Puerta del Sol in Madrid und der Stadtteil Tottenham in London, die emblematisch für eine Renaissance der Kämpfe in Europa stehen, befinden sich nicht zufällig in jenen Ländern, in denen bisher die härtesten Austeritätsmaßnahmen durchgesetzt wurden. In dieser Beobachtung kommt gleichzeitig zum Ausdruck, dass die Hegemoniekrise in Europa und die sich in ihr abzeichnende Autoritarisierung durch Ungleichzeitigkeiten gekennzeichnet sind: In Ländern, in denen sich kämpferische Traditionen mit den ungleichen Entwicklungen der europäischen

Wirtschaft überschneiden, kam es zu heftigen sozialen Auseinandersetzungen. Vergleichsweise ruhig blieb es in den „Exportweltmeisterländern“ (insbesondere Deutschland und Österreich), denen es durch Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktflexibilisierung gelang, ihre Nachfrageproblematik zu externalisieren.

Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?

Aber nicht nur auf der nationalstaatlichen Ebene des Europäischen Institutionengefüges werden Zwangsapparaturen in Stellung gebracht. Denn nichts verdeutlicht anschaulicher, dass der Neoliberalismus trotz des Verlustes seiner „führenden“ Qualität noch absolut „herrschend“ ist, als die im Rahmen der EU 2011 beschlossene „Economic Governance“ und der „Fiskalpakt“, der im Laufe des Jahres 2012 ratifiziert werden soll.^{*3} Mit den angesprochenen Maßnahmen soll die europäische Wirtschaftspolitik mit einer europäischen Schuldenbremse, einem Verfahren zur wettbewerblichen Restrukturierung und einem automatischen Austeritätsmechanismus bewehrt werden. Zugespitzt geht es um „austerity forever“. Die derzeitigen Austeritäts- und Restrukturierungsprogramme der „Problemstaaten“ sollen auf alle Mitgliedstaaten ausgedehnt und durch ihre Verrechtlichung auf Dauer gestellt werden. Um die Maßnahmen auch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen, werden repressive Momente in Form von Geldbußen vorgesehen. >

Austeritäts- und Restrukturierungsprogramme sollen auf alle Mitgliedstaaten ausgedehnt werden.

Während die Economic Governance ohne Rechtsgrundlage in der Europäischen Verfassung beschlossen wurde, geht der Fiskalpakt noch einen weiteren Schritt in Richtung Autoritarisierung. Aufgrund seines Charakters als völkerrechtlicher Vertrag unterläuft der Pakt auch noch die geringen demokratiepolitischen und rechtsstaatlichen Garantien des Europarechts: Der wegbrechende Konsens führt dazu, dass zur Fortsetzung der neoliberalen Integrationsweise auch noch Verfahren der formalen Demokratie (wie das Änderungsverfahren der „Europäischen Verfassung“) und grundlegende Kategorien der Rechtsform unterlaufen werden. Die Economic Governance, der Fiskalpakt und die institutionellen Präventivdispositive auf der nationalen Maßstabsebene des Europäischen Institutionengefüges sind darüber hinaus durch eine Aufwertung der Exekutivapparate und eine Entwertung jener Terrains gekennzeichnet, auf denen die Forderungen der Subalternen noch vergleichsweise günstige Ausgangsbedingungen haben (z. B. Parlamente). Die Hegemoniekrise in Europa und ihre affirmativen Lösungsversuche können daher in Anschluss an Nicos Poulantzas mit dem Begriff des „autoritären Wettbewerbsetatismus“ begrifflich gefasst werden.*⁴

Ob sich diese Krisenbearbeitung langfristig durchsetzen kann, ist allerdings offen und Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Der Ausbau repräsentativer Herrschaftstechniken darf jedenfalls nicht als reine Stärkung der neoliberalen Gesellschaftsformation verstanden werden. Auch wenn sie wohl nie herrschender war als heute, lässt der Verlust ihrer führenden, spontanen Momente sie spröde werden. Letztlich geht es darum, ob sich das herrschende Institutionenge-

füge ungestört so neu zusammensetzen und einrichten kann, dass es über eine Autoritarisierung seine Krise überbrücken und überwinden kann. Gerade der aufziehende autoritäre Wettbewerbsetatismus verdeutlicht daher, dass sich die Subalternen auch auf die Transformation des europäischen Institutionengefüges orientieren müssen. Tun sie es nicht, werden sie durch die ökonomische und physische Re-Konfigurierung dieses Ensembles niedergeworfen werden.

Dass diese Transformation nicht allein über ein „linkes Staatsprojekt“ gelingen kann, wird deutlich wenn man sich einen der ernsthaftesten Versuche in der jüngeren Geschichte in Erinnerung ruft. 1981 kündigte Francois Mitterand – die damalige Führungsfigur eines Bündnisses aus sozialistischer und kommunistischer Partei – in seinem Regierungsprogramm den „Bruch mit dem Kapitalismus“ an. Schon nach zwei Jahren war das „projet socialiste“ durch die strukturellen Selektivitäten des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes und seines europäischen Institutionengefüges jedoch derart aufgegeben, dass seine Politik in den neoliberalen Mainstream abtauchte. Eine umfassende demokratische und sozial-ökologische Transformation kann daher nur durch ein gesteigertes Eingreifen der Subalternen und die Entfaltung ihrer Initiativen innerhalb des europäischen Apparateensembles geschehen.

Transformation kann daher nur durch Initiativen innerhalb des europäischen Apparateensembles geschehen.

Dennoch bieten Wahlerfolge wie etwa jene von Hollande und Mélenchon in Frankreich oder der Partei der radikalen Linken (Syriza) in Griechenland wichtige Ansatzpunkte. Nicht aus sich heraus, sondern weil Bewegungen linke Regierungsbündnisse über sich und die strukturellen Selektivitäten der „politischen Form“ hinaus treiben können. Ob sich die autoritäre Wende stabilisieren wird, ist daher eine Frage, die nicht zuletzt dadurch entschieden wird, ob die Subalternen in Europa trotz der Politik der Angst zusammenströmen und, um es mit Thomas Seibert zu sagen, die „Demokratie der Plätze“ in Gang setzen: „Alle zusammen, jede für sich.“

*¹ Süddeutsche v. 21.4.2012.

*² Siehe den Brokdorf Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus 1985, BVerfGE 69, 315 – Brokdorf.

*³ Ein Aufruf der Assoziation kritischer Gesellschaftsforschung zu dieser Thematik findet sich unter: www.demokratie-statt-fiskalpakt.org.

*⁴ Siehe dazu und für eine nähere Darlegung der Economic Governance und des Fiskalpaktes die Beiträge unter <http://homepage.univie.ac.at/lukas.oberndorfer>.



prager frühling

Magazin für Freiheit und Sozialismus

Freundinnen und Freunde des Prager Frühlings e.V.
c/o RA Schindler, Fischerinsel 10, 10179 Berlin

Redaktion:

Stefan Gerbing, Katja Kipping, Lars Kleba, Lena Kreck (verantwortlich im Sinne des Presserechts), Thomas Lohmeier, Kolja Möller, Jörg Schindler, Tobias Schulze, Laszlo Strzoda, Mark Wagner

Adresse:

Redaktion prager frühling, c/o RA Schindler,
Fischerinsel 10, 10179 Berlin
Telefon: +49 30 20671609
Fax: +49 30 20671622
Mail: info@prager-fruehling-magazin.de
Web: www.prager-fruehling-magazin.de

Gestaltung:

Berliner Botschaft –
Gesellschaft für Kommunikation mbH

Druck:

Druckerei Conrad GmbH

Bilder:

Titelmodell: Robert Stadlober
Titelfoto: Mark Wagner
Alle weiteren FotoautorInnen siehe Bildnachweise

Verlag:

VSA: Verlag,
St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg
Telefon: +49 40 28095277-0
Fax: +49 40 28095277-50
Mail: prager_fruehling@vsa-verlag.de
Web: www.vsa-verlag.de

Abonnement:

Das Magazin prager frühling erscheint mit drei
Ausgaben im Jahr (Februar, Juni, Oktober) im VSA-
Verlag mit ca. 60 Seiten je Ausgabe.

Bezugsbedingungen:

Einzelheft: 5 €, Jahresabonnement: 15 €, Soli-
Abonnement: mindestens 30 €, Auslandsabonne-
ment: 22 €

Einzelheft- und Abonnementsbestellungen gehen
direkt an den Verlag, Zahlungen für beides bitte
nur nach Erhalt der Hefte und der Rechnungs-
stellung seitens des Verlags unter Angabe von
Rechnungsnummer und -datum. Abbestellungen
mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des
Abojahres.

Spenden:

Spenden für das Magazin bitte auf das Konto des
Vereins: Freundinnen und Freunde des Prager
Frühlings e.V., Konto-Nr. 660 309 9878, Berliner
Sparkasse, BLZ 100 500 00

Selbstverständnis:

prager frühling ist ein linkes Magazin – nicht ge-
bunden an die Partei DIE LINKE, doch ihr durchaus
verbunden. Deshalb begleiten wir die Politik der
LINKEN kritisch und solidarisch. Genauso wollen
wir der gesellschaftlichen wie kulturellen Linken
Raum bieten. Unser Ziel ist es, Orte und Akteur_in-
nen zu identifizieren (seien sie parteigebunden oder
nicht), mit denen Hand in Hand in Richtung emanzi-
patorischer Gesellschaft getanzt werden kann.

ISSN 1866-5764



Bildnachweise

David Fink: 04 (Zeh); Fraktion Grüne MdEP:
04 (Keller); Lena Kreck: 26 (Wagner), 36 (Kreck),
50 (Möller); Mark Wagner: 12 (Fahnenmann),
16 (Schindler), 26 (Schöder), 27 (Hier), 29 (Fabelwe-
sen), 47 (Stadlober), 54 (Uriona); Katja Kipping: 46
(Schaarschi); SPD-Fraktion im Deutschen Bundes-
tag: 18 (Mattheis); Stefan Gerbing: 32, 33 (Portraits)

Fotos von privat: Alexis Passadakis 05; Anna Rinne
40; Axel Troost 19; Erich Soos 28; Grex 04; Johannes
Jäger 30; Katharina Dahme 42; Lucas Oberndorfer
06; Rona Torenz 38; Sabine Wils 07; Stefanie Graefe
34; Tanja Walther-Ahrens 43; Tobias Schulze 24

Veröffentlicht unter Creative-Commons-Lizenz:

Daniel George: 18 (Kindler) CC BY 3.0; DIE LINKE:
05 (Zimmer) CC BY 3.0; Lauren Manning: Umschlag-
innenseite, 02 (Propeller), 32/33 (Löcher), 35 (Typo),
45 (Tapes), 56 (Kunst) CC BY 2.0; Thomas Hawk:
09 (Sammelsurium), 11 (Brücke), 37 (Puppe) CC BY
NC 2.0; Smabs Sputzer 52 (Kronkorken) CC BY 2.0

VSA: Jede Menge Alternativen

Außerdem Hintergründe, Gegenstrategien, theoretisches Rüstzeug: www.vsa-verlag.de



U. Brand/B. Lösch/B. Opratko/S. Thimmel (Hrsg.)

ABC der Alternativen 2.0

Von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft

In Kooperation mit Wissenschaftlicher Beirat von Attac,

Rosa-Luxemburg-Stiftung und taz die tageszeitung

352 Seiten | € 15,00 | ISBN 978-3-89965-500-1

161 Stichworte auf jeweils zwei Seiten – von »Alltagskul-
tur« über »Mosaiklinke« bis »Zivilgesellschaft«. Kompakter ge-
hen Alternativen nicht. Sie alle sind Begriffe im emphatischen
Sinne, die alternative Perspektiven auf gesellschaftliche Ver-
hältnisse, andere »Weltansichten« eröffnen.



224 Seiten | € 12,80

ISBN 978-3-89965-521-6

Über Nazi-Terror und den
Verfassungsschutz-Skandal.



96 Seiten | Hardcover | Halb-

leinen | € 12,80

ISBN 978-3-89965-512-4
Ein Überlebens-Bericht



144 Seiten | € 9,00

ISBN 978-3-89965-499-8

Kritik der Politischen Ökono-
mie: das hellblaue Bändchen



288 Seiten | € 19,80

ISBN 978-3-89965-511-7

Europas Krise – in zehn Län-
der-Fallstudien und Analysen.



96 Seiten | € 8,80

ISBN 978-3-89965-524-7

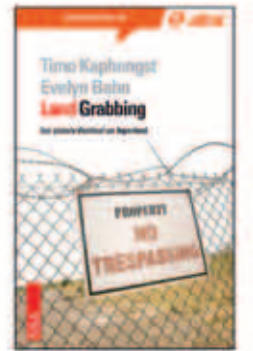
Die Flugschrift über eine
»Gesellschaft am Abgrund«.



288 Seiten | € 19,80

ISBN 978-3-89965-510-0

Alternativen zur finanzmarkt-
orientierten Ökonomie.



AttacBasisTexte 40

96 Seiten | € 7,00

ISBN 978-3-89965-481-3

Hintergründe des globalen
Wettlaufs um Ackerland.



200 Seiten | € 18,80

ISBN 978-3-89965-491-2

Entillusionierung geläufiger
Gerechtigkeitsdiskurses.

Vier informative Zeitschriftenprojekte:



monatlich 64
Seiten + jeden
2. Monat ein
Supplement.

Abo: 62,- €
(erm.: 44,- €);

3 Hefte als
Probeabo:
10,- €

Brandaktuelle
Kommentare
& Analysen
auf der
Website:

[www.
socialismus.
de](http://www.socialismus.de)

4x jährlich: **LUXEMBURG**, Gesellschaftsanalyse und linke
Praxis; mehr unter: www.zeitschrift-LUXEMBURG.de

3x jährlich: **prager frühling**, das aktuelle Heft halten Sie in
der Hand, mehr unter www.prager-fruehling-magazin.de

2x jährlich: **transfer!**, eine Zeitschrift der europäischen
Linken: www.transfer-workshop.org

WISSEN Eine linke Denkwerkstatt:

Workshops, Seminare, gesellschaftspolitische Foren und sozialwissenschaftliche Studien organisiert die **WISSEN**schafliche Vereinigung für Kapitalismus-analyse und Gesellschaftskritik. Wir wollen Gegenöffentlichkeit herstellen, uns wissenschaftlich, politisch, publizistisch einmischen. Auch dadurch, dass wir die Zusammenarbeit und Verständigung der zivilgesellschaftlichen und politischen Linken fördern: www.wissenstransfer.info

Transfer

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg, Tel. 040/28 09 52 77-10, Fax 040/28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de

Anzeige

Freiheit und Sozialismus abonnieren

Das Magazin **prager frühling** erscheint drei Mal im Jahr.
Am besten gleich jetzt abonnieren!

Ich schließe ein Jahresabonnement (15,00 € für drei Ausgaben) ab.

Ich schließe ein Soliabonnement zu _____ €
(mindestens 30,00 € für drei Ausgaben) ab.

Ich schließe ein Auslandsabonnement (22,00 € für drei Ausgaben) ab.

Ein Abonnement verlängert sich automatisch, sofern es nicht mit einer
Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres gekündigt wurde.

Name

Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Wohnort

E-Mail

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, das von mir zu zahlende Entgelt bei
Fälligkeit zu Lasten meines Kontos, Nr. _____, bei der (genaue
Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstitutes) _____
Bankleitzahl (BLZ) _____ mittels Lastschrift einzuziehen.
Diese Ermächtigung gilt vom _____ an.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht ausweist, besteht seitens des
kontoführenden Kreditinstitutes (s. o.) keine Verpflichtung zur Einlösung.
Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden.

Datum _____ Unterschrift _____

Senden an: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg. Abonnements
können auch über die Website www.prager-fruehling-magazin.de abgeschlossen
werden.

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim VSA:
Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum und Unterschrift

14

prager frühling



NR. 14 ERSCHEINT IM OKTOBER 2012

prager frühling

* MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

ISSN 1866-5764, Nr. 13/Juni 2012, 5 Euro
www.prager-fruehling-magazin.de

Spenden für das Magazin bitte auf das Konto des Vereins:
Freundinnen und Freunde des Prager Frühlings e.V.
Konto-Nr. 660 309 9878, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00